



Pressemitteilung

Krankenhausgesellschaft begrüßt die Ergebnisse am Runden Tisch, fordert aber weitere Schritte der Krankenkassen

Mainz, den 25.01.2019

Die rheinland-pfälzische Krankenhausgesellschaft begrüßt die erzielten Ergebnisse des Runden Tisches unter der Moderation des ehemaligen Präsidenten des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz Ernst Merz. Die Gespräche am Runden Tisch seien in einer konstruktiven Atmosphäre zwischen den Krankenkassen und der Krankenhausgesellschaft verlaufen und hätten die gemeinsame Verantwortung für die Patientenversorgung im Land deutlich gemacht, so der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft Dr. Gerald Gaß, als Verhandlungsführer der Krankenhäuser im Land.

„Wir danken der Sozialministerin, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, für Ihre Initiative zu diesem Runden Tisch. Mit der jetzt erzielten Absprache ist es gelungen, für die meisten der von den Klagen betroffenen Schlaganfalleinheiten eine zufriedenstellende Lösung zu erzielen. Es gibt jedoch einige weitere Standorte, die die Krankenkassen im Rahmen der Verhandlungen nicht in die gefundene generelle Regelung einbeziehen wollten. Die Krankenhausgesellschaft hätte sich gewünscht, dass auch für diese Standorte eine schnelle Lösung gefunden wird. Wir konnten aber erreichen, dass die Krankenkassen ihre Bereitschaft erklärt haben, auch für diese Standorte in bilateralen Gesprächen konsensorientiert weiter zu verhandeln, um die Schlaganfallversorgung auch dort zu sichern“, so Dr. Gerald Gaß. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Standorte, die aufgrund ihrer Entfernung die notwendigen Kooperationskrankenhäuser im Falle einer Verlegung der Patienten nur mit dem Rettungshubschrauber innerhalb der vorgegebenen 30-minütigen Transportzeit erreichen. „Für alle Krankenhäuser im Land Rheinland-Pfalz ist eine solche Verlegung mit dem Rettungshubschrauber grundsätzlich möglich. Weil die Krankenkassen dies in bestimmten Situationen aber anzweifeln, müssen wir nun diese Gespräche standortbezogen weiterführen“, erläutert der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft die Situation.

Ein weiterer Gegenstand der Klagewelle der Krankenkassen ist die geriatrische Akutversorgung. Auch für diesen Bereich haben die Krankenkassen im Land Rheinland-Pfalz hunderte von Klagen eingereicht. Die „Gemeinsame Erklärung“ mache deutlich, dass Krankenhäuser und Krankenkassen auch dieses Problem zeitnah lösen wollen. „Im Bereich der Geriatrie sind wir noch nicht über den Berg. Wir erwarten aber, dass auch hier die Krankenkassen im Interesse des Rechtsfriedens auf die Krankenhäuser zugehen und die Klagen zurücknehmen“, so Dr. Gerald Gaß.

Die **Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (KGRP)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Rheinland-Pfalz und vertritt die Interessen von 100 Krankenhäusern mit rund 26.000 Betten. Über 1.000.000 Patientinnen und Patienten werden jährlich in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern umfassend stationär behandelt. Hinzu kommen jährlich mehr als 80.000 ambulante Operationen. Die Kliniken sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz mit rund 48.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Nähere Informationen zu den Aufgaben der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz unter www.kgrp.de.

ViSdP: Friedrich W. Mohr, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.